

1) Neue Analyse des IMK - Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2024: Staat muss verlorenen Spielraum zurückgewinnen

Hans-Böckler-Stiftung

Die deutsche Wirtschaft dürfte 2024 das zweite Jahr in Folge eine leichte Rezession durchlaufen: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird in diesem Jahr um 0,3 Prozent schrumpfen, so wie schon 2023. Ende 2024 könnte das BIP so wieder auf dem Niveau von 2019 landen, unmittelbar bevor die Corona-Pandemie ausbrach. Deutschland „hätte damit wirtschaftlich ein verlorenes halbes Jahrzehnt erlebt“ und wichtige Zeit verloren, um Wohlstand und Arbeitsplätze auf dem Weg in eine klimaverträgliche Zukunft zu erhalten, ergibt die neue wirtschaftspolitische Analyse des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung zum Jahresauftakt.*

Link: <https://idw-online.de/de/news826584>

2) Im Job, wenn andere feiern: Zwischen 6 und 10 Prozent aller Erwerbstätigen müssen an den Festtagen arbeiten

Hans-Böckler-Stiftung

Neue Studie des WSI Im Job, wenn andere feiern: Zwischen 6 und 10 Prozent aller Erwerbstätigen müssen an den Festtagen arbeiten Sie kümmern sich um Menschen in Not, sie machen die Party im Restaurant möglich, sie bringen dringend benötigte Waren von A nach B: Ein Teil der Erwerbstätigen in Deutschland muss arbeiten, während und damit die Mehrheit der Bevölkerung Weihnachten und den Jahreswechsel feiern kann. Wer an den kommenden Festtagen „im Dienst“ ist, hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung untersucht.*

Link: <https://idw-online.de/de/news826382>

3) Nationaler Wohlfahrtsindex für 2022 deutlich im Plus – allerdings teilweise Zuwachs mit Schattenseiten

Hans-Böckler-Stiftung

Wohlstandmessung mit sozialen und ökologischen Kriterien Nationaler Wohlfahrtsindex für

2022 deutlich im Plus – allerdings teilweise Zuwachs mit Schattenseiten Der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI), ein Indikator zur Wohlstandsmessung über das Wirtschaftswachstum hinaus, verzeichnet für 2022 ein deutliches Plus.

Link: <https://idw-online.de/de/news826243>

4) IAB-Arbeitsmarktbarometer: Ausblick nach Talfahrt für 2024 wieder verbessert

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Das IAB-Arbeitsmarktbarometer verzeichnet den ersten Anstieg seit fast einem Jahr Abwärtstrend. Der Frühindikator des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) steigt im Dezember um 0,4 Punkte auf 99,9 Punkte und liegt damit nur knapp unter dem neutralen Wert von 100. Auch das European Labour Market Barometer steigt erstmals seit sieben Rückgängen in Folge wieder und liegt nun bei 99,2 Punkten.

Link: <https://idw-online.de/de/news826431>

5) Gender Pay Gap wurde in der Coronakrise kleiner - außer bei geringen Verdiensten

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

2019 lag der mittlere Gender Pay Gap, der Jahresverdienstunterschied zwischen Männern und Frauen, bei 36,2 Prozent. Die Verdienstlücke sank im Jahr 2020 um 1,2 Prozentpunkte auf 35 Prozent und 2021 auf 33,8 Prozent. Das zeigt eine am Dienstag veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Dabei verringerte sich der Gender Pay Gap vor allem bei mittleren und hohen Verdiensten.

Link: <https://idw-online.de/de/news826626>

6) Vom Ukraine-Krieg negativ betroffene Betriebe verzeichneten geringeren Stellenzuwachs

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Die Zahl der angebotenen offenen Stellen stieg bei negativ vom Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine betroffenen Betrieben deutlich schwächer als bei Betrieben, die nicht oder positiv betroffen waren. So lag der Stellenzuwachs im vierten Quartal 2022 gegenüber dem Vorjahresquartal bei den überwiegend negativ betroffenen Betrieben bei 11 Prozent, während

er bei den anderen Betrieben bei 35 Prozent lag. Das geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor.

Link: <https://idw-online.de/de/news826180>

7) Beschäftigungssicherung steht im Vordergrund

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

Am 9. Dezember 2023 einigten sich die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) sowie die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Beamtenbund (dbb) auf einen neuen Tarifabschluss. Er sieht eine Inflationsausgleichsprämie sowie eine schrittweise Erhöhung vor und gilt für rund 1,1 Millionen Beschäftigte. Friedhelm Pfeiffer, stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte und Sozialversicherungen“ am ZEW Mannheim, erklärt dazu:

Link: <https://idw-online.de/de/news826240>

8) Pflegeheim Rating Report 2024: Wirtschaftliche Lage deutscher Pflegeheime hat sich etwas verbessert, Personal wird knapp

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Die wirtschaftliche Lage deutscher Pflegeheime hat sich seit dem Jahr 2019 leicht verbessert. 9 Prozent lagen 2021 im „roten Bereich“ mit erhöhter Insolvenzgefahr, 55 Prozent im „grünen Bereich“. Ab 2022 dürfte sich die wirtschaftliche Lage jedoch durch steigende Sach- und Personalkosten wieder verschlechtern. Die Trends zur Ambulantisierung und Privatisierung hielten an, die Personalknappheit nimmt zu. Durch die Alterung der Gesellschaft ist bis 2030 in Deutschland mit 5,7 Millionen Pflegebedürftigen zu rechnen, das entspricht einer Steigerung von 14 Prozent gegenüber dem Jahr 2021. Damit verbunden steigt der Bedarf an Pflegepersonal und Kapital. ...

Link: <https://idw-online.de/de/news825734>

9) ifaa-Studie: Geld macht doch glücklich – die marktgerechte Vergütung steht bei den Beschäftigungswünschen hoch im

ifaa - Institut für angewandte Arbeitswissenschaft

Laut der ifaa-Studie* zu Anreiz- und Vergütungssystemen steht die marktgerechte Vergütung bei den Beschäftigten weit oben auf der Wunschliste. „Ganz im Gegensatz zur oft geführten

Diskussion, dass bei den jungen Beschäftigten die Entlohnung nicht mehr so wichtig sei,“ kommentiert Amelia Gahmann, wissenschaftliche Expertin des ifaa die Ergebnisse. Vor der Vergütung stehen flexible Arbeits(zeit)-Modelle und ein gutes Verhältnis zur Führungskraft. Die komplette Studie gibt es hier: www.arbeitswissenschaft.net/verguetungsstudie-2023
Link: <https://idw-online.de/de/news826710>

10) Warum angehende Lehrer:innen sich von der Schule abwenden

Leibniz-Institut für Bildungsverläufe

Das Lehramtsstudium ist abgeschlossen, nun beginnt das Referendariat. Dieser Automatismus gilt nicht für jede angehende Lehrkraft. Eine von fünf wendet sich nach erfolgreichem Studium zunächst vom Lehramtsberuf ab. Das verschärft den aktuell stark diskutierten Mangel an Lehrerinnen und Lehrern zusätzlich. Aus welchen Gründen potenzielle Lehrkräfte den Wechsel in den Schuldienst vermeiden, zeigt eine aktuelle Auswertung von Daten des Lehramtsstudierenden-Panels, das einen Teilbereich des Nationalen Bildungspanels (NEPS) bildet.

Link: <https://idw-online.de/de/news826206>

11) Umweltökonom: „Die Subvention des Dieserverbrauchs in der Landwirtschaft lässt sich nicht mehr begründen“

Universität Leipzig

Traktoren blockieren Straßen, für die kommende Woche sind großflächige Proteste der Bauern geplant: Die Landwirte wollen damit gegen die Kürzung der Subventionen für Agrardiesel und gegen eine Kfz-Steuer für die Landwirtschaft demonstrieren. „Durch den Druck, im Bundeshaushalt sparen zu müssen, ist endlich Bewegung in die Bemühungen gekommen, umweltschädliche Subventionen zu streichen. Insbesondere die Abschaffung der Agrardiesel-Subventionen ist überfällig“, sagt Martin Quaas, Professor für Bioökonomie an der Universität Leipzig und Leiter der Forschungsgruppe Biodiversitätsökonomik am Deutschen Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung (iDiv).

Link: <https://idw-online.de/de/news826560>

12) Viele Geflüchtete wünschen sich die deutsche Staatsangehörigkeit

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Im Jahr 2021 besaß bereits ein Prozent der Geflüchteten, die zwischen 2013 und 2019 nach Deutschland eingereist waren, die deutsche Staatsangehörigkeit. Das zeigt der

Forschungsbericht „Einbürgerungspotenziale bei Geflüchteten in Deutschland“ des Forschungszentrums des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ). Von denjenigen, die zu diesem Zeitpunkt nicht eingebürgert waren, hatten sechs Prozent bereits einen Antrag auf Einbürgerung gestellt und weitere 92 Prozent konnten sich vorstellen, dies in Zukunft zu tun.

Link: <https://idw-online.de/de/news826129>

13) Klimaschutz funktioniert nur im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit

Bertelsmann Stiftung

Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland ist angesichts des fortschreitenden Klimawandels "sehr" oder sogar "äußerst" besorgt. Gleichzeitig gibt es aber auch große Bedenken bei den Maßnahmen zum Schutz des Klimas: Mehr als jeder Zweite der Befragten sieht durch die Energie- und die Verkehrswende den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gefahr.

Link: <https://idw-online.de/de/news825966>

14) Fünf von sechs Studierenden in Deutschland nutzen weder BAföG noch staatliche Kredite oder Stipendien

CHE Centrum für Hochschulentwicklung

Für die Finanzierung des Studiums greifen mindestens 84 Prozent der Studierenden in Deutschland nicht auf staatliche Angebote zurück. Dies zeigt ein CHECK des CHE Centrum für Hochschulentwicklung, der für 2022 erstmalig auch eine Länderauswertung bietet. Die geringste Nutzung staatlicher Unterstützung durch BAföG, Stipendien oder Studienkredite gibt es in Thüringen, den höchsten Anteil in Sachsen. Angesichts der geringen Nutzungsquoten sieht das CHE einen dringenden Handlungsbedarf bei der staatlichen Studienfinanzierung in Deutschland.

Link: <https://idw-online.de/de/news826045>